



An die Vorsitzende
des Ausschusses Kunst und Kultur
Frau
Dr. Eva Bürgermeister

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 30.11.2017

AN/1809/2017

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Kunst und Kultur	05.12.2017

Zukunft des Kulturstandorts Ebertplatz

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in den letzten Jahren hat sich in der Passage am Ebertplatz ein für Köln und darüber hinaus einzigartiger Kulturstandort entwickelt. Der Dank dafür gilt den Kulturschaffenden vor Ort.

Nach den negativen Entwicklungen am Ebertplatz in den letzten Wochen und Monaten haben sich Stadt Köln und Polizei auf kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürger verständigt. Eine der Maßnahmen war das „Zumauern“ der unterirdischen Passage, woraufhin einer ersten Galerie bereits gekündigt wurde. Nach großer negativer medialer Resonanz wurde das Verfahren von der Oberbürgermeisterin öffentlichkeitswirksam gestoppt, die bereits ausgesprochene Kündigung jedoch nicht zurückgenommen.

Was dies und die angekündigte mittelfristige Umgestaltung des Ebertplatzes für die Zukunft des Kulturstandorts Ebertplatz und der Kulturschaffenden bedeutet, ist unklar.

Im Zuge dessen bittet die SPD-Fraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum hat die Stadtverwaltung einer einzelnen Galerie gegenüber eine Kündigung ausgesprochen? Warum hat die Stadtverwaltung diese Kündigung nicht zurückgenommen, nachdem die Oberbürgermeisterin das Verfahren, wie mit dem Ebertplatz umgegangen werden soll (Zumauern etc.), öffentlichkeitswirksam gestoppt hat?
2. Wie schätzt die Stadtverwaltung die Vorschläge des Brunnen e.V. für eine Neugestaltung des Ebertplatzes ein? Wie plant die Stadtverwaltung, die Kulturschaffenden vor Ort in ein Verfahren zur Neugestaltung des Ebertplatzes einzubinden?
3. Wie kann die Stadtverwaltung den Kulturschaffenden eine Perspektive bieten für den Fall, dass die Stadt die erfolgte Kündigung aufrecht erhält bzw. auch auf die weiteren Galerien ausweitet?

Wir bitten darum, die Antworten auch dem Ausschuss für allgemeine Verwaltung, dem Liegenschaftsausschuss, dem Stadtentwicklungsausschuss und der Bezirksvertretung 1 zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin